

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 26) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Dieter Spöri MdL zu Späths
Kampagne gegen Asylanten:
Auftrieb für die Schönhubers.
Seite 1

Prof. Dr. Uwe Holtz MdB zur
Notwendigkeit, einen Beitrag
zur Überwindung des Elends
in der Dritten Welt zu leisten:
Zwölf Millionen Menschen auf
der Flucht.
Seite 3

Peter Büchner MdB zu den
Paralympics in Seoul: Ein
großer Sieg für den Behin-
dertensport.
Seite 4

Dokumentation:

Die SPD-Bundestagsfraktion
hat einen Forderungskatalog
zum Umweltschutz vorgelegt,
den wir in zwei Teilen doku-
mentieren: Der Kampf gegen
die Luftverschmutzung duldet
kein Zögern mehr. (Teil I)
Seite 5

43. Jahrgang / 211

3. November 1988

Auftrieb für die Schönhubers

Zu Späths Kampagne gegen Asylanten

von Dieter Spöri MdL

vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württem-
berg

Ministerpräsident Späth betreibt mit seinen Äußerungen zum
Asylrecht eine genauso hemmungslose wie gefährliche Konkur-
renzprofilierung gegenüber den rechten Splitterparteien. Er will
mit seinen Attacken auf das Asylgrundrecht das Wählerpotential
dieser Parteien binden, erreicht aber in Wahrheit das genaue Ge-
genteil: Die bundesweite Aufwertung der unseligen Parolen des
rechten Parteirandes und damit dessen politische Stärkung.

Die SPD-Landtagsfraktion hat deshalb im Stuttgarter Landtag
einen dringlichen Antrag zu den jüngsten Erklärungen von Mini-
sterpräsident Späth zur Abschaffung des Grundrechts auf politi-
sches Asyl eingebracht. Der Antrag fordert eine Klarstellung die-
ser widersprüchlichen Äußerungen und die Beibehaltung des Grund-
rechts auf politisches Asyl.

Der stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende Späth hat die Asyl-
rechtsdebatte mit einer gezielten publizistischen Kampagne hoch-
gezogen, um angeblich das Aufkommen einer größeren rechts-
extremistischen Partei zu verhindern. Diese naive Rechnung geht
aber nicht auf. Was die rechtsradikalen Gruppen in der Bundes-

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Kreisloser Umgang
mit persönlicher Kontingenz
Empfänger-Punkt



republik aus eigener Kraft niemals erreicht hätten, hat Späth nun geschafft: Die jetzt inszenierte Asylkampagne bereitet bundesweit den besten Nährboden für eine Verstärkung der dumpfen Ängste vor Überfremdung und finanziellen Belastungen durch Ausländer.

Dieser Effekt wird potenziert, wenn sich erst herausstellt, daß die geweckten Erwartungen im Gesetzgebungsverfahren durch Späth gar nicht erfüllt werden können. Wer sich hier auf einen Wettlauf in die falsche Richtung einläßt, gibt den Schönhubers erst richtig Auftrieb.

Späths „neue Themen“ - von den angekündigten Zwangsmaßnahmen gegen jugendliche Arbeitslose bis zur Abschaffung des Asylgrundrechts - können den bei der letzten Landtagswahl schon beunruhigend hohen Stimmenanteil des rechtsextremen Parteienspektrums in Baden-Württemberg bei der Europa- und Kommunalwahl im nächsten Jahr gefährlich hochkatapultieren.

Späths angekündigte Gesetzesinitiative ist genauso chancenlos wie rechtspolitisch unseriös.

- weil sie ohne jegliche Aussicht auf Realisierung im Bundesrat „just for show“ eingebracht werden soll, um Stimmungen entgegenzukommen, anstatt ihnen entgegenzutreten,
- weil sie eindeutig die Genfer Flüchtlingskonvention verletzt, auf die sich die Bundesregierung verpflichtet hat,
- weil sie schließlich gegen die Empfehlungen des Europarats zur Harmonisierung des Asylverfahrens verstößt.

Späth wird die Stimmungen, die er jetzt beim Asylantenthema hochkocht, noch bitter bereuen, wann sie ihn beim Thema Aussiedler wieder negativ einholen. Insofern springt er auch taktisch zu kurz. Eines wird jedoch immer deutlicher: Späth wandelt sich immer mehr zum Stimmungsdemokraten am rechten Rand der Union.

(-/3.11.1988/va-he/rs)

* * *

Zwölf Millionen sind auf der Flucht**Die Entwicklungspolitik muß einen Beitrag zur Überwindung der Not dieser Menschen leisten****Von Prof. Dr. Uwe Holtz MdB****Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit**

Etwa zwölf Millionen Menschen sind gegenwärtig durch Verfolgung, Krieg, Menschenrechtsverletzungen und lebensbedrohende Not gezwungen, ihre Heimat zu verlassen und den Schritt in eine ungewisse Zukunft zu wagen. Die aktuelle Realität einer ebenso massenhaften wie weltweiten Völkerwanderung der Armen und Vertriebenen ist Ausdruck der Tatsache, daß vor allem den Menschen aus den ärmsten Regionen der Erde jegliche Lebensgrundlage und jegliche Hoffnung auf Glück entzogen worden ist. Sie drängen überall dorthin, wo es nur um ein Geringeres besser zu sein verspricht, als in der Heimat - die meisten von ihnen brechen auf in andere Entwicklungsländer.

Das Weltflüchtlingsproblem muß an seinen Wurzeln angegangen werden. Zu diesem Schluß kamen die Mitglieder des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit auf ihrer Sitzung vom 26. Oktober 1988. Einmütig verständigten sie sich auf einen Antrag der Regierungsparteien, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, mit der deutschen Entwicklungspolitik verstärkt zur Lösung der Weltflüchtlingsprobleme beizutragen.

Gezielte entwicklungspolitische Maßnahmen sollen dazu eingesetzt werden, den Auswanderungsdruck in den Fluchtländern selbst zu mildern: Dazu zählen das Drängen auf die Einhaltung der Menschenrechte im Rahmen des Politikdialogs, Friedenssicherung und Konflikteingrenzung ebenso wie die Unterstützung von Projekten zur Beseitigung der wirtschaftlichen und sozialen Ursachen von Hunger und Not. Zur Konflikteingrenzung gehört auch, daß man sich äußerste Zurückhaltung bei Waffenexporten in die Dritte Welt auferlegt - am besten, so der Wille der SPD-Fraktion, wäre es, gänzlich davon abzusehen.

Darüber hinaus sieht der Antrag vor, die Nachbarregionen von Fluchursprungsländern bei ihren schwierigen Aufgaben verstärkt zu entlasten. Die humanitäre Soforthilfe und Katastrophenhilfe der Bundesrepublik soll um entwicklungspolitische Initiativen ergänzt werden, damit sie langfristig wirksam wird. Durch Hilfe zur Selbsthilfe kann insbesondere für länger verweilende Flüchtlingspopulationen eine „verewigte“ Lagersituation vermieden werden. Zudem sprechen sich die Abgeordneten dafür aus, daß zukünftig besonders solche Entwicklungsprojekte gefördert werden, die strukturbildend wirken, den Flüchtlingen und der einheimische Bevölkerung gleichermaßen zugute kommen sowie in die nationalen Entwicklungspläne der Aufnahmeländer einbezogen sind. Die Rückkehr von Flüchtlingen soll durch Wiedereingliederungsmaßnahmen unterstützt werden.

Neu ist auch die in dem Antrag aufgestellte Forderung, das bildungs- und erfahrungsbedingte Potential der Flüchtlinge entwicklungspolitisch einzusetzen. So heißt es: „Asylsuchenden Kindern und Jugendlichen sollte der Zugang zu den Bildungseinrichtungen der Bundesrepublik Deutschland nicht verwehrt werden. Sie sollten Ausbildungschancen insbesondere im Hinblick auf die Vorbereitung zur Rückkehr zur Umsiedlung oder zum Einsatz in der Dritten Welt wahrnehmen können.“

Die Durchsetzung der vorgesehenen Initiativen zur Lösung von Weltflüchtlingsproblemen hängt zu einem guten Teil von der Zusammenarbeit der damit befaßten Institutionen und Organisationen ab. So fordern die Abgeordneten die Sicherstellung der Koordinierung zwischen den Maßnahmen sowohl innerhalb der Bundesrepublik (das heißt eine bessere Abstimmung zwischen Außen-, Entwicklungs-, Bildungs- und Innenpolitik) als auch in der innerstaatlichen Zusammenarbeit (das heißt mit der Europäischen Gemeinschaft und den Bemühungen des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen). Darüber hinaus soll die Forschung über die internationalen Migrationsbewegungen weitergeführt werden, vor allem über Fluchtursachen, über die Wirkung von Entwicklungshilfe im Flüchtlingsbereich und über den Einsatz von in der BRD ausgebildeten Flüchtlingen in der Dritten Welt. Die Bundesregierung wird abschließend aufgefordert, über die Ergebnisse ihrer Bemühungen Bericht zu erstatten.

Jetzt, nachdem sich der federführende Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit einmütig zum „entwicklungspolitischen Beitrag zur Lösung von Weltflüchtlingsproblemen“ geäußert hat, liegt der Antrag dem Bundestag zur Beschlußfassung vor. Dies werden gute Leitlinien für die Arbeit der Bundesregierung sein.

(-/3.11.1988/vo-he/rs)

Ein großer Sieg für den Behindertensport

Paralympics in Seoul brachten Leistung und Anerkennung

Von Peter Büchner MdB
Sportpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

„Das war einmalig. Diese Spiele werden wir nie vergessen.“ So lautete die nahezu einmütige Beurteilung aller Teilnehmer, Betreuer und Funktionäre über die VIII. Paralympics - die Olympischen Spiele der Behinderten - in Seoul. Die Organisation für die 3.200 Teilnehmer aus 61 Ländern - auch der Ostblock war vertreten, die DDR war nicht dabei - war perfekt. Man hatte ein eigenes paralympisches Dorf gebaut. So viele behindertengerechte Einrichtungen hatte man noch in keiner Stadt der Welt gesehen.

Die Eröffnung und Schlußfeier waren ausverkauft, die Stimmung überwältigend, das Stadtbild ganz im Zeichen der Paralympics, die Menschen freundlich und hilfsbereit; die Wettbewerbe hatten eine riesige Zuschauerresonanz. Das Medieninteresse in Korea war sehr groß - viereinhalb Stunden täglich Fernsehen, Direktübertragungen und Zusammenfassungen und täglich ausführliche Artikel in den Zeitungen.

Die Mannschaft der Bundesrepublik Deutschland hat hervorragend abgeschnitten. 76 Gold-, 64 Silber- und 51 Bronzemedailien - hinter den USA Platz 2 in der inoffiziellen Nationenwertung. Noch nie war eine deutsche Mannschaft im internationalen Bereich so erfolgreich. Kein Zweifel: die Paralympics '88 waren ein großer Erfolg für den Behindertensport. Aber sie haben die Probleme dieses Sports nicht beseitigt. Es wurden Entwicklungen aufgezeigt, mit denen man sich in Zukunft beschäftigen muß.

Die Schaffung eines Weltverbandes ist auch in Seoul nicht gelungen. Immer noch gibt es sechs Verbände. Im Hinblick auf die Straffung der Wettkämpfe und die Beziehungen zum IOC ist dies sicher ein Nachteil. Die Diskussion um die Schadensklassen hält an. Nur durch eine Verringerung wird sich die Attraktivität des Leistungssports der Behinderten steigern lassen. Weniger Wettkämpfe bringen mehr Ansporn und machen die Medaillen wertvoller. In Seoul wurden bei den Paralympics dreimal so viel Wettkämpfe wie bei den Olympischen Spielen durchgeführt, obwohl es weniger Disziplinen gab. Immer noch gab es Finals mit vier oder fünf Teilnehmern. Behindertensport ist in weiten Bereichen Hochleistungssport geworden. Mehrfach-Starter werden seltener, die Spezialisierung schreitet fort, und die Jugend ist auf dem Vormarsch.

Soll es zukünftig Leistungssport für alle Behinderten geben? Wettkampfsport für Spastiker? Was ist mit den geistig Behinderten? Andere Probleme haben den Behindertensport eingeholt. Auch bei den Behinderten wurde über Doping diskutiert; die medizinische Betreuung ist noch wichtiger als bei nichtbehinderten Sportlern.

Werden in Barcelona Behindertensportler bei den Olympischen Spielen starten? Der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees, Samaranch, bezeichnete die Paralympics in Seoul als Wende im Behindertensport. Bedeutet dies, daß sich das IOC mehr als bisher für den Hochleistungssport der Behinderten öffnet? Sicher wird eine völlige Integration in die Olympischen Spiele nicht möglich sein, einzelne Wettkämpfe im olympischen Programm allerdings sind machbar. Die Behindertensportverbände sollten sich schnellstmöglich auf eine geringe Zahl von Wettkämpfen einigen und in Gespräche mit dem IOC eintreten.

Viele Fragen und Probleme beschäftigen auch den DBS, den Deutschen Behindertensportverband. Die Arbeit wächst ihm über den Kopf. Der Verband braucht dringend eine bessere Ausstattung, um den vielfältigen Anforderungen zukünftig gerecht werden zu können: Die politische Unterstützung des Behindertensports muß verstärkt werden - im Bund, in den Ländern und in den Gemeinden. Der Schwung aus Seoul sollte auch für den Breitensport bei Behinderten genutzt werden.

(-/3.11.1988/vo-he/rs)

DOKUMENTATION**Der Kampf gegen die Luftverschmutzung duldet kein Zögern mehr**

(Teil 1)

Die SPD-Bundestagsfraktion hat einen Forderungskatalog zum Umweltschutz vorgelegt, den wir in zwei Teilen dokumentieren.

1. Für alle Kfz-Typen muß obligatorisch der Katalysator für Neuwagen nach US-Norm eingeführt werden und Altfahrzeuge umgerüstet werden.

Es gibt einen dramatischen Anstieg von Stickoxiden (NO x), der bei der jetzigen Politik bis zum Jahr 2000 weiterhin ansteigen wird. Mit 3,16 Millionen Tonnen wird die Emission 1988 um sieben Prozent höher liegen als 1983, dem Jahr, in dem politische Maßnahmen gegen das Waldsterben begannen (zum Beispiel Großfeuerungsanlagen-Verordnung). 57 Prozent der Stickoxyde kommen inzwischen bundesweit aus dem Verkehr, im walddreichen Süddeutschland bis 70 Prozent. Die NO x-Emissionen des Verkehrs stiegen seit 1983 um 16 Prozent, allein dieses Jahr um zwei Prozent. Sie liegen damit um 48 Prozent höher als noch vor drei Jahren von der Bundesregierung für das Jahr 1988 prognostiziert. Ursachen sind zu hohe Abgasgrenzwerte und eine Zunahme der Fahrleistungen und Fahrgeschwindigkeiten in den beiden letzten Jahren.

Die aus Stickoxyden und Kohlenwasserstoffen unter Einwirkung der UV-Strahlung der Sonne entstehenden aggressiven Fotooxydantien des Sommersmogs wie Ozon, erreichten im Sommer dieses Jahres in Süddeutschland Spitzenwerte. Das in der Stratosphäre unentbehrliche Ozon wirkt also in Bodennähe als aggressives Reizgas. Es schädigt die Bäume und auch die menschliche Gesundheit. Dieses bodennahe Ozon ist für einen doppelt negativen Klimaeffekt verantwortlich:

- Bodennahes Ozon beschleunigt das Waldsterben und schwächt damit die Funktion des Waldes als Klimaregulator; denn die Wälder „verbrauchen“ auf dem Wege der Fotosynthese das Treibhausgas CO 2 und entlasten dadurch die Atmosphäre.
- Bodennahes Ozon trägt selbst mit circa zehn Prozent zur Verstärkung des Treibhauseffektes bei.
- Der saure Gehalt des Regens liegt heute bis zehnmal höher als zu Beginn der Hochindustrialisierung. Die Hauptmasse bildet nicht mehr die Schwefelsäure, sondern die aus Umwandlung der Stickoxide entstehende Salpetersäure.

Der geregelte Drei-Wege-Katalysator ist zur Zeit die einzig vernünftige Technologie zur Abgasminde- rung bei PKW. Aber: Von den 8,6 Millionen sogenannten schadstoffarmen Autos fahren nur circa zwei Millionen mit Drei-Wege-Katalysator. Wo bleibt die verbindliche Katalysatorpflicht für die Bundesrepublik und ein Umrüstungsprogramm für Altfahrzeuge?

2. Tempolimit von 100 km/h auf Autobahnen und 80 km/h auf Bundesstraßen muß der Umwelt zuliebe erst mal für vier Jahre verbindlich sein.

In allen EG-Staaten gibt es Tempolimits. Die Bundesregierung ignoriert nach dem flotten Spruch „Freie Fahrt für freie Umweltverschmutzung“ folgende Tatsachen: Ein Tempolimit von 100 km/h auf Autobahnen und 80 km/h auf Bundesstraßen würde die NO x-Emissionen sofort und ohne großen Kostenaufwand jährlich bis zu 13 Prozent reduzieren. Ebenso würde der jährliche CO 2-Ausstoß um rund 26 Millionen Tonnen reduziert werden.

3. Festsetzung von Abgasgrenzwerten für LKW's und Busse, für alle Dieselfahrzeuge.

Noch immer fehlen wirksame Maßnahmen zur Verringerung der Schadstoffe auch bei LKW's und Dieselfahrzeugen. Von den gesamten NO x-Waldkiller-Emissionen des Verkehrs, verursachen 29 Prozent allein die LKW's. Die „freiwilligen Vereinbarungen“, die die Bundesregierung mit den LKW-

Herstellern über ein Unterschreiten der bisherigen Grenzwerte bei Neuwagen um 20 Prozent getroffen hat, bewirken nichts. Ebenso wenig zieht die Absichtserklärung der Bundesregierung, Grenzwerte für neue LKW's ab 1990 um 50 Prozent zu senken, da der LKW-Verkehr ständig weiter wächst.

Abgesehen davon, daß ein leistungsfähiges europäisches Schienennetz zukünftig wenigstens die auf langen Strecken zu transportierenden Massengüter aufnehmen müßte, muß schnellstens verhandelt werden: Menschen und Bäume halten eine Verdoppelung des LKW-Transportvolumens bis zum Jahre 2000 nicht aus.

4. Schärfere Grenzwerte der 1986 novellierten TA-Luft

Die Grundlagen dieser wichtigen Verwaltungsvorschrift, die Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft, ist das Bundesimmissionsschutzgesetz. Dieses Gesetz nennt die Grundsätze zum Schutz der Menschen, Tiere, Pflanzen und Sachgüter. Abgesehen von den vielen Fragen, die sich zur Durchführbarkeit der TA-Luft stellen, wird es höchste Zeit, sie auf den neuesten Stand der Technik hin zu novellieren. Technisch machbar wäre zumindest für Neuanlagen: SO 2: statt 400 mg/m³ bis zu 5mg/m³; NO x: statt 200 mg/m³ 100 mg/m³.

5. Verschärfung der Immissionswerte der TA-Luft

In der TA-Luft sind Immissionswerte für verschiedene Luftschadstoffe festgelegt. Zunächst und unmittelbar haben diese Immissionswerte rechtlich verbindliche Bedeutung für Anlagen. Darauf ist auch das in der TA-Luft festgeschriebene Verfahren zur Messung der Immissionsbelastung ausgerichtet (unter anderem Flächenbezug der Immissionswerte). Es gibt aber längst neuere Entwicklungen.

Verschiedene Staaten, so seit 1985 insbesondere die Schweiz, haben Immissionsgrenzwerte festgelegt, die durchweg erheblich unterhalb der Immissionswerte der TA-Luft liegen. So gilt zum Beispiel für die Langzeitbelastung von Schwefeldioxyd in der Schweiz ein Wert von 0,03 mg/m³ (Jahresmittel), in der Bundesrepublik jedoch ein (seit 1974 unveränderter) Wert von 0,14 mg/m³ (Jahresmittel).

Durch gewisse Sanierungserfolge bei den stationären Anlagen treten die Emissionen aus anderen Quellen, vor allem die weiterhin nahezu ungebremsen Emissionen des Kraftfahrzeugverkehrs, für die Luftreinhaltung in den Vordergrund. Die EG-Kommission hat dieser Entwicklung insofern Rechnung getragen, als die von ihr erlassenen Luftqualitätsnormen für Stickstoffdioxyd (EG-Richtlinie 85/203), aber auch für Blei, ausdrücklich auch für die Wohnbevölkerung an stark befahrenen Straßen oder an Straßenschluchten gelten. Dabei wird von einer akzeptorbezogenen, punktförmigen Betrachtung ausgegangen. Die Bundesregierung weigert sich trotz Drängens der EG-Kommission, die EG-Richtlinie 85/203 ausdrücklich in deutsches Recht umzusetzen, unter anderem mit dem Argument, die Umsetzung in nationales Recht durch die Immissionswerte der TA-Luft sei bereits erfolgt.

Es ist also dringend an der Zeit, die Immissionswerte der TA-Luft zu novellieren und den zum Beispiel in der Regel wesentlich niedrigeren Immissionsgrenzwerten der Schweizer Luftreinhaltungs-Verordnung anzupassen. Dieses gilt für Schwefeldioxyd, Stickstoffoxyd, Ozon, Kohlenmonoxyd und Schwebstaub.

6. Die Großfeuerungsanlagen-Verordnung muß für alle EG-Staaten verbindlich sein.

Ein trübes Kapitel ist das Schicksal der Großfeuerungsanlagen-Verordnung auf EG-Ebene. Bundesumweltminister Töpfer hat leider nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft, daß die in der Bundesrepublik seit fünf Jahren in Kraft befindliche Verordnung endlich für alle EG-Länder verbindlich wird. Im Gegenteil: Für SO 2 werden noch zehn Jahre lang (bis 1998!) Verschmutzungsrechte festgeschrieben; für NO x sogar für 15 Jahre, bis zum Jahre 2003! Damit wird auf 15 Jahre ein hoher Verschmutzungsgrad festgeschrieben, obwohl heute der Stand der Technik bei Entschwefelungs- und Entstickungsanlagen die Rückhaltung von SO 2 mit über 90 Prozent ermöglicht, die Rückhaltung von Stickoxyden liegt bei ähnlichen Werten. (-/3.11.1988/vo-he/rs)

(Den zweiten Teil und Schluß veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe)

* * *